



Der Investor, die Firma Krieger Grundstück GmbH (= Möbel Höffner), hat immer damit geworben, dass er alle Kosten übernimmt und die Stadt Fürth quasi einen Autobahnanschluss geschenkt bekommt. Unter dieser Voraussetzung hat die Mehrheit des Stadtrates für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens und des Bebauungsplanverfahrens gestimmt.

Manche Voraussetzungen haben sich zwischenzeitlich grundlegend geändert:

- Mit großen Anstrengungen verfolgt die Stadt Fürth die Aufwertung der Innenstadt mit zusätzlichen Handelsflächen (Neuer Einkaufsschwerpunkt Rudolf-Breitscheid-Straße) und dem Erhalt der bestehenden Geschäfte (City Center, Revitalisierung Markkauf, Aufwertung der Fußgängerzone). Daher wäre es absolut widersinnig, gleichzeitig in städtebaulicher Randlage das Fachmarktzentrum Möbel Höffner mit 12.900 qm innenstadtrelevantem Sortiment zu fördern. Die ist entspricht fast der Verkaufsfläche des neuen Einkaufsschwerpunktes Rudolf-Breitscheid-Straße und trägt zum weiteren Ausbluten der Innenstadt bei. Zum Vergleich sein angemerkt, dass bei der Ansiedlung der Firma IKEA eine Begrenzung des innenstadtrelevanten Sortimentes auf 5.000 m<sup>2</sup> erfolgte – und somit weniger als 40 % der Fläche zulässig ist als beim geplanten Fachmarktzentrum Möbel Höffner !!!
- Möbel Höffner hat bereits seit Jahren in unmittelbarer Nähe einen Standort in Fürth, der ebenfalls direkt über einen Autobahnanschluss an die A 73 sehr gut erreichbar ist.
- Im Bereich der Bau- und Gartenmärkte hat sich die Situation in Fürth in den letzten Jahren grundlegend geändert, mehrere Gartenmärkte und drei große Baumärkte sind neu entstanden.
- Die Lage des Autobahnanschlusses wurde entgegen den ursprünglichen Planungen im Laufe des Verfahrens geändert, der nunmehr genehmigte Autobahnanschluss ist eindeutig nach Osten ausgerichtet und dient damit fast ausschließlich der Erschließung des neuen „Fachmarktzentrums“ und den Gebieten östlich der Autobahn, also im Wesentlichen der Stadt Nürnberg.
- Die Stadt Fürth kann bereits seit Jahren keine ausreichenden Haushaltsmittel für den laufenden Unterhalt der vorhandenen Brücken und Straßen bereitstellen. Zusätzliche Straßen benötigen zusätzliche Mittel im Unterhalt.
- Wir weisen zudem darauf hin, dass für den Fall des Baues der Anschlussstelle an die Autobahn A73 bei Steinach den Bürgerinnen und Bürgern von Herboldshof zugesagt wurde, dass gleichzeitig die Umgehung Herboldshof hergestellt wird. Zur Einhaltung dieses Versprechens ist derzeit ebenfalls kein Geld vorhanden.

Wir Grüne haben zusammen mit etlichen anderen (Umweltverbände, Einzelhandelsverband u.a.) die Ansiedlung eines Einrichtungszentrums außerhalb der bebauten Gebiete (städtebauliche Randlage gemäß Raumordnungsverfahren) vehement abgelehnt.

Wir hätten uns eine ähnlich eindeutige Stellungnahme gegen den Landschaftsverbrauch und die Zersiedelung der Flächen bei Steinach gewünscht, wie er bei der Ablehnung des S-Bahn-Verschwenks besteht, bei der Ablehnung des gemeinsamen Gewerbeparks Nürnberg-Fürth-Erlangen und bei der Ablehnung des Fachmarktzentums bei Steinach im Raumordnungsverfahren im Jahr 2000 (damals noch mit IKEA und Elektrofachmarkt) bestand.

Wir gehen jedoch nach wie vor davon aus, dass Konsens dahingehend besteht, dass die früheren Zusagen der Firma Krieger Grundstück GmbH, alle Kosten für die Erschließung des Gebietes einschließlich der Herstellung des Autobahnanschlusses zu übernehmen, eingehalten werden und die Stadt Fürth in den Zeiten drastischer Sparrunde keinen städtischen Beitrag zur Finanzierung beisteuert und Risiken entsprechend minimiert werden.

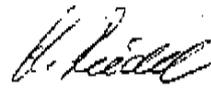
Mit freundlichen Grüßen



Brigitte Dittrich  
(Fraktionssprecherin)



Waltraud Galaske  
(Stadträtin)



Harald Riedel  
(Stadtrat)



Dagmar Orwen  
(Stadträtin)